

erschienen täglich  
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis  
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.  
pränumerando bei freier Zustellung.  
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.  
Postzeitungsliste 6265a, Nachtrag VII.

# Volkshblatt

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Sölbergasse.  
Telegraph-Adresse: Volkshblatt Halle-Saalk.

Insertionsgebühren  
beträgt für die 4 gepaltene  
Beitragteile oder deren Raum 15 Pf.  
für Vereins- und Versammlungs-  
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis vormittags  
1/10 Uhr in der Expedition  
aufgegeben sein.

Nr 92.

Halle a. S., Dienstag den 21. April 1891.

2. Jahrg.

## † Das geheime Wahlrecht vor dem preussischen Landtag.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich momentan mit der zweiten Beratung der Landgemeindevorordnung. Dieselbe enthält gegenüber der alten Landgemeindevorordnung einige Neuerungen, welche den Herren v. Rauchhaupt und Gesinnungsgenossen ein Dorn im Auge sind. Sie bemühen sich daher redlich, das Gesetz nach ihrer Meinung umzuformen. So bestimmt die Vorlage unter anderem, daß künftig außer den Grundbesitzern und Häuslern auch diejenigen Teilnahme am Stimmrecht zur Gemeindeversammlung, bezw. an den Gemeindevahlen haben, welche zur Staatseinkommensteuer oder nach einem fingierten Steuerfusse von mindestens 4 Mark veranlagt sind. Zwei Drittel der Stimmen in der Gemeindevorstellung sollen den Grundbesitzern vorbehalten bleiben, jedoch denjenigen, die 75—225 Mark an Grund-Gebäudesteuern entrichten je 2 und die, welche 225 M. und darüber zahlen, je 3 Stimmen beizulegen sind. Uebersteigt die Zahl der Nichteingetragenen ein Drittel der Zahl aller Mitglieder der Gemeindeversammlung, so haben dieselben ihr Stimmrecht durch eine diesem Verhältnis entsprechende Zahl von Vertretern auszuüben, welche auf 6 Jahre aus ihrer Mitte zu wählen sind. Die Wahlen hierzu sollen in 3 Klassen nach Maßgabe der direkten Steuern (exkl. der Hauszwecksteuer) und mit öffentlicher Stimmenabgabe stattfinden. Dieser Verschiebung des Wahlrechts stehen die Herren Junter keineswegs freundlich gegenüber, da sie befürchten, das mobile Kapital könne gegenüber den Grundbesitzern zu viel Einfluß in der Verwaltung der Landgemeinden gewinnen. Noch weniger Gefallen fanden sie an dem freisinnigen Antrag Certy-Widert, der die geheime Wahl durch Stimmzettel will und den sie, wie nicht anders zu erwarten stand, ablehnten.

Daß die Herren Freisinnigen einen derartigen Antrag einbringen, hat wohl seinen Grund darin, daß sie beim Volke nicht in Vergessenheit geraten wollen und weil sie wissen, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses ihn ablehnt. Denn wäre die Annahme gesichert, hätten sie ihn nicht eingebracht, da kennen wir unsere Freisinnigen zu gut. Komisch aber ist es, daß sich die Landjunken bei der bloßen Anregung dieser Frage schon aufregen und das Vorgehen der Freisinnigen für Ernst halten.

Eine „prächtige Auffassung“ vom mündlichen Wahlrecht entwickelte der wildkonservative Abgeordnete

v. Meyer-Arnswalde, indem er meinte, er erblicke nur in der öffentlichen Stimmenabgabe einen Schutz gegen allzuweit gehende Wahllegitimationen und Fälschungen der öffentlichen Meinung. Nun, wer die öffentliche Meinung fälscht, das wissen wir. Bei Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Linker für den 5. Wahlkreis Gumbinnen erklärte derselbe Herr v. Meyer (Arnswalde) im preussischen Abgeordnetenhause die Preußen mit ihren Wahlmännern für wahre Waisenkinder gegenüber den Engländern und Amerikanern. Weiter sagt er: „Wir arbeiten mit faulen! Versprechen, mit amtlichen Drohungen, mit Bier, Schnaps, das kommt alles vor, wir lügen auch, es kommt uns garnicht darauf an. Die anständigen Leute lügen bei den Wahlen, was sie sonst nicht thun.“ Wir glauben, mehr wie dies wird wohl niemand erwarten. Nach solchem Geständnis kann kein Zweifel sein, wo die Wahlfälscher zu suchen sind.

Auch der Minister des Innern, Herr Herrfurth, findet keine besondere Freude an dem geheimen Wahlrecht. Die bisher mit diesen Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Auffassung über ihre Vorteile sehr optimistisch ist. Es wäre auch bei der geheimen Wahl oft unmöglich, daß eine objektive oder gänzlich unbeeinflusste Wahl stattfindet. Während bei der öffentlichen Stimmenabgabe nicht bloß Furcht und Freiheit ausschlaggebend sei, sondern auch die Rücksichtnahme auf berechtigte Autoritäten könne mitwirken. Das geheime Wahlrecht habe den Nachteil, daß dem Reich, der Mühsamkeit und den agitatorischen Fehereien der weiteste Spielraum gelassen wird.

Bei solchem Ansichten der Regierung ist es nicht zu wundern, wenn das gesamte Unternehmertum, die Kraut- und Schlotjunken im Bunde mit Zünften und Kriegervereinen die Ausübung des freien Wahlrechts illusorisch zu machen suchen. Wer erinnert sich nicht hierbei des Ausspruches des Herrn v. Rheinbaben, des früheren Polizeipräsidenten von Wiesbaden, im vorigen Reichstag bei Prüfung der Wahl des Abgeordneten Weßky, daß es das Los des wirtschaftlich Schwächeren auf dieser Welt sei daher, wenn er seine politischen Rechte ausübe, dem Einfluß des wirtschaftlich Stärkeren unterliegen müsse. Der wirtschaftlich Stärkere habe ja auch eine bessere Einsicht in die Bedürfnisse des Organismus des Staates. Ohne einen derartigen Einfluß wäre unser allgemeines gleiches Wahlrecht garnicht zu rechtfertigen, es wäre sonst der größte Widerspruch den man sich denken kann.

Man sieht, die Herren sind überall dieselben, sie betrachten das geheime Wahlrecht als eine politische Feuchthei. Ihr Ideal ist die Jenseus- resp. Klassenwahl mit öffentlicher Stimmenabgabe, wie deutlich aus den Debatten des preussischen Landtags hervorgeht. Auf Grund solcher Wahlen bleiben die Herren immer hübsch und froh, da kann sie so leicht kein böser Roter bei Förderung ihrer kapitalistischen Interessen durch die Gesetzgebung stören, und dann giebt es im Landtag auch ziemlich fette Diäten. Trotz genauer Kenntnis dieser Sachlage spielen die Geldprogen sich fort und fort als die einzige „Ordnungspartei“ auf, die von Gerechtigkeit und Menschlichkeit triefe. Bei solchen Wahlverhältnissen haben sie gewöhnlich, wenn eine Wahl zu Ende ist und sie haben durch ihre Maschinen gestiegt — noch den traurigen Mut zu behaupten: Das Volk hat gesprochen!

## Vollstättige Ueberfahrt.

### Deutsches Reich.

— Die Stichwahl zwischen Bismarck und Schmalefeld findet am 30. April statt. — Das amtliche Wahlergebnis ist folgendes: Es wurden abgegeben 17510 Stimmen. (Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 31052.) 85 Stimmzettel waren ungültig. Es erhielten Bismarck 7365, Schmalefeld 3810, von Plate 3308, Wloß 2576 Stimmen. Zerplittert 6.

— Zur Reichstagswahl im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreis. Die „Germania“ spottet über die Ironie des Schicksals, daß der Mann, der drei Dutzend Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt hat, jetzt, wo 35 drin sind, gerade mit dem sechsunddreißigsten um die Wahl kämpft, und daß er auf die Unterstützung der Wesen angewiesen ist in einem Wahlkreis des Landes, aus dem der Wesensfonds stammt.

— Zu dem Rückgang unserer Stimmen im 19. hannoverschen Wahlkreis giebt unser Bruderorgan, die „Norddeutsche Volksstimme“, eine Reihe von Punkten an, wie auf gegnerischer Seite gearbeitet wurde. Der Norddeutsche Lloyd, der tagtäglich eine große Anzahl Arbeiter in Nordenham beschäftigt, läßt sonst diese Leute mittags per Dampfer nach hier bringen. Gestern mittag ist „zufälligerweise“ der Dampfer ausgeblieben und mußten die Arbeiter, wenn sie nach hier gelangen wollten, die Ueberfahrt mit dem Dampfer „Union“ machen und dafür 50 Pfennige zahlen. Der Dampfer ist am Abend mit den Arbeitern

## 50) Sand und King.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

„Wen sahen Sie an, Byrd, während Mr. Drcutt seine Rede hielt?“ fragte Hicory.

„Den Redner natürlich.“

„Nah!“

„Nach wem sahen Sie?“

„Nach der Person, die zu beobachten am dankbarsten sein mußte.“

„Sie beobachteten also den Gefangenen?“

„Nein.“

„Wen sonst aber?“

„Miß Dare.“

„Und was beobachteten Sie, Hicory?“ fragte Byrd mit sichtlichem Unbehagen.

„Weierlich, erstens, daß sie ebensovienig wie wir selbst wußten, was die Verteidigung vorbringen werde, zweitens, daß sie dieselbe für einen scharfsinnigen Winkelzug Drcutts hält und ebensovienig daran glaubt wie — ich.“

„Hicory!“

„So ist's, Sir. Miß Dare würde es verstanden haben, jeder Beobachtung Stand zu halten, wenn sie daran gedacht hätte, daß sie beobachtet werde. Sie meinte wohl, aller Blicke seien ausschließlich auf den Redner gerichtet. Ueberdies war sie selbst so eifrig

darauf erpicht, zu hören, was er vorbringe, daß sie darüber ihre Rolle gänzlich vergaß.“

„Aber ich vermag nicht einzusehen . . .“

„Warten Sie!“ unterbrach Hicory Byrd. „Sie glauben, daß Miß Dare Grant Manell liebe?“

„Zweifellos,“ klang es düster zurück.

„Ganz wohl. Gätte sie gewußt, was Mr. Drcutt sagen werde, so hätte sie ausschließlich beobachtet, welchen Eindruck seine Verteidigung auf die Geschworenen hervorbringt. Sie würde während seiner ganzen Rede nichts anderes gedacht und ihren Blick angstvoll auf die Jury gerichtet haben. Doch nein, gleich Ihnen hielt sie den Blick fest auf Mr. Drcutt gerichtet, und sie wagte kaum zu atmen, bis er den Kernpunkt seiner Verteidigung entfaltete. Dann aber statt erleichtert aufzutreten, freudig zu erörtern, wie wohl jedes liebende Mädchen gethan hätte, das die Schuldlosigkeit des Geliebten klarlegt sieht, senkte sie den Blick und nahm wieder jene starre Miene an, die sie wie eine Waise trägt.“

„Was all dem schließen Sie . . .?“

„Daß sie keine Erleichterung, sondern Zweifel empfand. Mit anderen Worten, daß sie einen Schuldbeweis besah, welcher den Winkelzügen der Verteidigung Drcutts spottete.“

„Es ist Zeit, Hicory, daß wir uns gegenseitig über unsere Anschauungen verständigen,“ bemerkte Byrd nach längerem Schwelgen. „Was ist Ihr geheimes Gebanke bezüglich Miß Dare's?“

„Ich denke, daß sie mehr von dem Verbrechen weiß, als zu sagen sie bis jetzt für gut fand,“ antwortete der ältere Detektiv zur Seite blickend.

„Mehr als sie heute unter Eid aus sagte?“ Als Hicory nickte, fuhr Byrd fort: „Welchen Grund haben Sie für diese Annahme?“

„Ein Grund dafür ist, daß Mr. Drcutts sehr plausible Argument nicht mehr Eindruck auf sie hervorbrachte. Wenn sie nicht mehr Ursache besah, Manells Schuld anzunehmen, als sie heute bei Gericht angab, warum denn klammerte sie sich jetzt freudig an die von der Verteidigung vorgebrachte Entlastung? Was diese vorbrachte, warf ja alle sogenannten Schuldbeweise über den Haufen. Sie aber hörte diesem Gegenbeweise zwar mit gespanntem Interesse zu, doch ohne jegliche Ueberraschung, wie sie doch bei ihrer Schuldbarmahme natürlich hätte zu tage treten müssen, wenn sie selbst die Wahrheit, die volle Wahrheit ausgesagt.“

„Sie bezeichnen Miß Dare einmal als unergündlich, ein andermal zeihen Sie die Dame, eine Schaulspielerin sondergleichen zu sein, und dennoch wagen Sie es, ihre geheimsten Gedanken zu lesen, und eben das Thun, hinter dem sie dieselben zu verbergen sucht, deuten zu wollen,“ bemerkte Byrd demnach großend.

Hicory, der dem Beginne seiner Rede lächelnd zugehört, brach in lautes Lachen aus, als er erwiderte: „Ganz richtig, irgend einmal muß man ja seiner Stupidität doch Einhalt gebieten.“ Als ihn sein Gesprächspartner gar ernst forschend betrachtete, fuhr er fort: „Es

verpflichtet eingetroffen, vermutlich auch „zufällig“, wie dem auch „zufällig“ die meisten dieser Leute in Gefesseln und Bege, also im 19. hannoverschen Bahlkreise wohnen. — Diese und eine Reihe anderer Beispiele dürften genügend Klarheit schaffen, weshalb die Stimmen zurückgingen, während sich die Stimmen der Wesen und Freisinnigen vermehren. Der Rückgang der Wismarcker Stimmen hat indessen die Einschuldigungsgründe nicht aufzuweisen. Es wurde mit Aufgebot aller Kraft gearbeitet, um dem größten Mann des Jahrhunderts wenigstens die Stimmen zu erhalten, die bei der vorigen Februarwahl der nationalliberalen Gerhard erhalten hatte; jedoch — es hat nicht sollen sein!

— Zu der in unserer vorigen Nummer veröffentlichten Erklärung des Herrn Kühnemann, des Vorsitzenden des Verbandes der Berliner Metallindustriellen meldet das „Berl. Tgl.“:

Die dem Verbande angehörenden Werke sind verpflichtet, freies Arbeit zu leisten. Der Verband bezieht so lange nicht in ihren Verhältnissen zu beschließen, als der von einem Bezirksverein für unredlich erklärt wurde.

Als „unredlich“ Strel erklärt der Verband das gemeinsame planmäßige Niederlegen der Arbeit zu dem Zwecke, die Erfüllung von Arbeitsbedingungen, welche durch die Arbeiter einseitig aufgestellt sind, zu erzwingen, gleichviel ob die Arbeitsüberlegung mit oder ohne Kontraktbruch erfolgt. Hierzu bemerkt das Blatt:

Dieser § 2 ist nun auffallenweise in dem sich jetzt übersandten Exemplar der Satzungen nicht enthalten. Diese merkwürdige Tatsache bedarf noch der Klärung durch den Verband.

Der Regierungspräsident von Hannover, Graf von Bismarck, erklärt im „Hann. Cour.“ die Nachricht, daß er aus dem Wesenfalls Remunerationen erhalten habe, für eine dreifache Erfindung.

— In Lübeck sowie in Kaiserslautern haben der Magistrat öffentliche Umzüge am 3. Mai gefeiert.

— Humanität der Agrarier und patriardalisches Verhältnis. Aus Wolsdorf bei Gotha wird uns folgender Vorfall mitgeteilt. In einem kleinen Hause, zur Domäne Wolsdorf gehörig, wohnte seit vielen Jahren ein Arbeiter, Familienvater, welcher fleißig auf dem Gute arbeitete und regelmäßig an die Arbeit kam. Einmal jedoch erkrankte der Mann nicht zur Arbeit. Der Domänenpächter schickte den Baumeister nach seiner Wohnung, um nachzusehen, warum dieser nicht komme. Der Baumeister kehrte mit der Nachricht zurück, der Tagelöhner sei durch Krankheit an der Arbeit verhindert. Darauf begab sich der Herr Domänenpächter in höchst eigener Person nach der Wohnung des arbeitsfähigen Arbeiter, prüfte höchst eigenhändig den armen, kranken Mann durch und ließ ihn dann samt seiner Familie auf die Straße werfen, noch dazu mitten im strengen Winter. Mitleidige Nachbarn nahmen den armen Arbeiter mit seiner Familie auf. Der menschenfreundliche Dienstherr aber wurde wegen Körperverletzung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt, weil Schöffe Glasermeister W. auf dem Schuldigen bestand. Freilich, wenn ein armer Teufel für seine hungriigen Kinder ein Brot stiehlt, der muß brummen, begehrt aber ein Herr Domänenpächter eine solche Rohheit, der kann sich mit Geld auslösen. Dieser Fall zeigt uns die Segnungen der vom Herrn gestellten Arbeiterwohnungen in hellem Lichte. Hätte jener Arbeiter Privatwohnung gehabt, so würde man ihn nicht mit nichts drüben auf die Straße haben werfen können. Solche Vorfälle gehören zu dem „patriardalisches Verhältnis“, in dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Lande befinden und welches unsere Agrarier fortwährend im Kraude führen, um zu beweisen, daß der Sozialismus weder ein Recht noch auch Aussichten auf einen Vorstoß auf das offene Land habe.

— Von der russischen Grenze berichtet die „Dan. Stg.“: In diesen Tagen hatte sich eine Schmugglerbande in der Nähe von Wetterweien (Kreis Seydlitz) in einen harten Kampf mit russischen Grenzsoldaten verwickelt, der bei beiden Parteien blutige Folgen nach sich zog. Die Schmuggler führten einen beträchtlichen Vorrat Thee mit sich und wurden damit von der Grenzwaage auf russischem Gebiet ertrapt. Der aus mehreren Trägern bestehende Trupp machte auf den Jura eines Soldaten schnell kehrt, um auf diesseitigen Boden in Sicherheit zu kommen. Bei der Flucht kam ein Schmuggler, während seine Genossen sich zerstreuten, in große Gefahr. Der verfolgende Soldat drang ihm hart auf den Leib; das gefüllte Bajonett konnte den Flüchtling nicht Augenblick erreichen. Die Verfolgung setzte sich auch da noch fort, als die Grenze überschritten war und der Schmuggler bereits preussisches Gebiet erreicht hatte. Als die Gefahr aufs höchste gestiegen war, machte der Flüchtling plötzlich eine gefährliche Seitenwendung, wickelte sich um den Bajonett aus und griff seinen Verfolger mit kräftiger Hand an. Es entstand nun zwischen beiden ein heftiger Kampf. Während des Ringens eilte ein zweiter russischer Soldat herbei, um seinem Kameraden Beistand zu leisten. Dieser machte von seiner Schußwaffe Gebrauch und traf den Schmuggler so, daß die Kugel beide Beine durchbohrte, aber nicht tödlich wirkte. Nachdem der Schuß gefallen war, erschienen auch die übrigen Schmuggler auf dem Kampfplatze. Der vereinigte Kraft konnten die beiden Russen nicht standhalten und zogen sich auf ihr Gebiet zurück. Die Sieger hatten zwar einen Verwundeten zu beklagen, sie erbeuteten aber ein Gewehr, auf dessen Wiedererlangung die russische Grenzwaage großes Gewicht legt; sie hat sich aber bis dahin vergeblich bemüht. Daß der Kampf auf preussischem und nicht auf jenseitigen Gebiet, wie die russischen Soldaten behaupten, stattgefunden hat, beweisen die zurückgelassenen Wundlachen.

### Schweiz.

— Bei der Sitzung des Nationalrats vom letzten Dienstag wurde eine Interpellation betreffend Revision des Fabrikgesetzes („in welchem Umfange und binnen welcher Frist der Bundesrat den eidg. Räten eine Vorlage einzubringen gedenke“) eingebracht. Bundesrat Deucher äußerte sich darüber folgendermaßen: „Der Bundesrat studiert ernstlich die Frage und behält sie im Auge, aber er ist zur Stunde noch nicht in der Lage, weiter über den Umfang noch die Zeit einer Vorlage bestimmte Antwort geben zu können; er wird eine solche Vorlage machen so bald als thunlich und in der Sache selbst günstigsten Moment. Das Industrie-departement hat den besten Willen, den Arbeitern in ihren Forderungen, soweit solche erfüllbar sind, gerecht zu werden; speziell wird es alle den Arbeiterschutz schädigenden Angriffe auf einzelne Bestimmungen des Fabrikgesetzes zurückweisen; es bittet aber die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse, die Reform nicht zu überstürzen, sondern eine politisch bessere Situation abzuwarten; die jegliche ist nicht günstig und es ist sicher, daß ein erweitertes Fabrikgesetz mit dem Jahrschluss heute in Referendum unterliegen würde.“ Was den Jahrschluss betrifft, so erklärte übrigens Herr Deucher, daß er ein Freund desselben sei und dessen gefällige Durchführung für thunlich und wünschbar halte. Er verweist aber darauf, daß die eben mächtig umschweifende Bauernbewegung gerade sich gegen die weitere Abklärung der Arbeitszeit wende und man auch die Opposition in gewerblichen Kreisen nicht unterschätzen dürfe. Man thue gut, der Entwicklung der Frage auf privatem Wege (die Zahl der Geschäfte, wo

die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werde, mehr sich ja auch so Woche um Woche) einzuweisen nicht vorzugreifen.

### England.

— Nach einer Statistik über den Betrieb der englischen Bergwerke ist die Zahl der in und an denselben beschäftigten Personen in den letzten zwei Jahren 592 900 auf 674 000 gestiegen. Weniger befriedigt ist die Tatsache, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter, wenngleich dieselben nicht unter der Erde thätig sein dürfen, auf nahezu 6000 gestiegen ist. Es heißt jedoch, daß die Arbeit der Frauen in einzelnen Bergwerken nicht härter oder gefährlicher als in vielen Vorkäufen ist. Die Zahl der im letzten Jahre in Minen umgekommenen Arbeiter ist erschreckend hoch und beträgt insgesamt 1160 oder 100 mehr als im Vorjahre. Zutunm ist das Leben des Bergmannes, dank den Bestimmungen der englischen Bergbaugesetze, zweimal so sicher wie früher. In runden Zahlen ausgedrückt, kommt auf alle 226 000 Tons geförderter Mineralien ein schwerer Unfall und auf je 167 763 Tons ein Todesfall. An den schwarzen Diamanten der Industrie klebt eben auch Proletariatblut.

### Aus Stadt und Land.

Halle, 20. April.

Das **Stiftungsfest des Sozialdemokratischen Vereins**, welches am Sonnabend abend im „Prinz Carl“ abgehalten wurde, war so stark besucht, daß der große Saal überfüllt war und viele, welche keine Karte mehr erhalten konnten, sich genötigt sahen, den Heimweg anzutreten, ohne an dem Jahresfeste des Vereins teilnehmen zu können. Für die Teilnehmer gestaltete sich das Fest zu einem abwechselungsreichen und vergnügten Abend, weshalb auch dem Festkomitee für die Sorgfalt, mit welcher alles bis ins kleinste ausgearbeitet worden, alle Anerkennung gebührt. Aus dem Konzertteil wollen wir an erster Stelle der Aufführung des vieraktigen Lustspiels „Die Bismarckgebäude“ gedenken, welches alle Zuschauer seines trefflichen sozialen Inhalts wegen zu hoher Begeisterung hinriß. Bei der Schlußszene der Darstellung begrüßte den Darstellern alles Lob. Auch der „Kassettisch“, bei welchem der „General-Anzeiger“ gehörig abgetanzt und für „Vollblatt“ agitiert wurde, bewirkte eine sehr animierte Stimmung. Der „Bormärts“ trug seine Gesangslieder, sowie auf Wunsch die Arbeitermarxialisie zuerst gesungen. Dem freibaren Vereine fehlten nur einige tüchtigere Tenöre. Der übrige Teil nahm seinen programmmäßigen Verlauf. Zu erwähnen sind noch die allgemeine Heiterkeit erregenden komischen Einlagen. Nach Erlebigung des Programms machte es einige Schwierigkeiten, den dichtgedrängten Saal zum Laufe frei zu machen. Als dies endlich gegen 12 Uhr gelungen, konnten sich mehrere hundert Paare Terschöner widmen, welche das tanzende Grot bis an den hellen Tag zusammenhielt.

§ **Öffentliche Bürgerversammlung im „Neuen Theater“**. In einer am Freitag abend stattgefundenen, ziemlich gut besuchten Versammlung von hiesigen Steuerzahlern der verschiedenen Berufsstände kamen folgende, auf die von dem Einkäufer, dem „Bürgerverein“ für hiesige Interessen, festgesetzte Lagerordnung gestellte Gegenstände zur Beratung und Beschlußfassung: 1. Die ungenügenden und mangelhaften Räume des hiesigen königlichen Amtsgerichtsgebäudes; 2. Der geplante Hofwirtschaftsaal auf der Feinzig; 3. Die Aufhebung der hiesigen Grund- und Mietssteuer. — Es wurden über die Zustände auf dem Amtsgelände mannigfaltige und auch begründete Beschwerden geführt und eine Petition beschlossen, in welcher um Abhilfe der sogar die Gesandtheit der dort die Termine abzuwarten genötigten Parteien gefährdenden Mängel gebeten wird. Bezüglich des 2. Punktes wurde die vom Magistrat beabsichtigte luxuriöse Ausbesserung des Hofwirtschaftsaales kritisiert und eine kostspielige Ummodellung der naturlichen Feinzig für überflüssig erachtet und ebenfalls eine in diesem Sinne abgefaßte Petition beschlossen. — Der 3. Punkt, Aufhebung der Grund- und Mietssteuer, gab dem Herrn Stadtm. Adel Gelegenheit zum Vortrag eines durchdringlichen Entschuldigungsberichtes dieser als ungerechteste aller Steuern erkannt und verurteilte Belastung der ärmeren und mittleren Arbeiter-, Handwerker- und Gewerbetreibenden. Aus dem Vortrage war die Mitteilung besonders bemerkenswert, daß unter den fünf Städten Preussens, in welchen überhaupt eine bezartige Steuer eingeführt werden sei, Halle, das ja in allem Großen der Restenzstand nachzukommen und wo

ist mir kein einziges Faktum mehr bekannt als Ihnen, nur jebe ich andere Schlüsse als Sie, das ist alles.“

Byrd antwortete nicht, allein hätte der ältere Kollege auch seine Gedanken zu lesen vermocht, so würde er vielleicht gefunden haben, daß ihre beiderseitigen Schlüsse einander ziemlich verwandt seien. Endlich stellte Byrd die Frage: „Und was gedenken Sie mit Ihren Schlüssen zu beginnen, Hictory?“

„Ich gedenke abzuwarten, in welcher Weise Mr. Drcutt seine Angabe beweist. Gelingt ihm dies nicht, so hab' ich nichts zu bemerken, im anderen Falle aber möchte ich die Aufmerksamkeit des Mr. Ferris auf eine Frage lenken, die er an Miß Dare zu stellen verläumt.“

„Und diese lautet?“

„Wo sie sich zur Zeit befinden habe, in der das Attentat auf Mrs. Clemmens verübt worden?“ Sie werden sich erinnern, daß Sie sich vor kurzem selbst für diese Frage interessiert haben.“

„Aber ...“

„Nicht als dächte ich an irgend welche weitere Folgen, allein es würde mein Gewissen beruhigen.“

„Hictory!“ Byrd hielt einen Augenblick inne, ehe er fortfuhr: „Wo glauben Sie, daß Miß Dare zu jener Zeit gewesen sei?“

„Wo? Nun ich glaube, daß sie nicht in Professor Darlings Obergeratorium gewesen ist.“

„Glauben Sie, daß sie sich auf der Waldlichtung hinter Mrs. Clemmens Hause befunden habe?“

„Nun fragen Sie mich um Rätsel.“

„Mr. Drcutt soll seine Angabe nicht beweisen können, Hictory.“

„Nicht?“

„Ich will selbst die Strecke durchlaufen, die Manfell zurückgelegt haben muß, und darthun, daß es in dem fraglichen Zeitraum möglich ist.“

„Das können Sie nicht!“ entgegnete Hictory, nachdem er die Gestalt seines Gefährten, seinen Gliederbau mit scharfem Blicke bemessen. „Sie haben zu kurzen Atem dazu und wären erschöpft, noch ehe Sie an den Waldesrand gelangten. Ueberlassen Sie die Geschichte mir.“

„Ihnen?“

„Ja; ich bin zum Dauerläufer konstituiert. Uebrigens bin ich kein Keuling in diesem Sport, denn Ihre ergebene Diener hat schon manch Preis davongetragen. Es ist mein Stedenpferd wie das Schnelleichens das Ihre ist. Kann auch von Nutzen sein, nicht?“

„Sie spotten meiner, Hictory!“

„Glauben Sie? Esehen Sie einmal die fünfständige Einbegung dort. Nun geben Sie Acht, ich komm hinüber ohne nur anzustreifen.“

„Halt!“ schrie Byrd. „Machen Sie keine Tollheiten auf offener Straße, ich will Ihnen ja glauben, wenn Sie sich solcher Großthaten fähig erklären.“

„Pah, Großthaten! Derlei hab' ich oft genug zusammengebracht. Wenn ich die Strecke nicht in der Zeit zurückzulegen vermag, die Manfell zwischen dem

Attentat und der Abfahrt des Juges verblieben, so kann's auch kein anderer.“

„Sie wollen also das Experiment mit dem gewissenhaften Versuche unternehmen, zu beweisen, daß Mrs. Drcutts Behauptung unmaßbar ist?“

„Ja.“

„Wann?“

„Morgen; während der Gerichtsverhandlung.“

„Sie find ein guter Mensch!“ rief Byrd, ihm die Hand verbindend. „Möchten Sie Erfolg haben!“ Hictory's läge nahmen einen sehr ernsten Ausdruck an; er dachte: „Vor kurzem war der Junge noch ganz Mitgefühl für Manfell, und nun möchte er mein Gemut daran sehen, ihm der Schuld überwiegen zu sehen. Offenbar wünscht er angelegentlich, daß Miß Dare nicht nochmals verhört werde.“ Da sein Gefährte schwie, fuhr Byrd nach einer längeren Pause fort: „Hictory, Mr. Drcutt hat seine Verteidigung gewiß nicht auf diesen einen Punkt basiert, ohne seiner sicher zu sein.“

„Das weiß ich.“

„Er hat den Versuch von mehr als einem Experten anstellen lassen.“

„Ich weiß auch das.“

„Wenn Sie also ein anderes Resultat zu erzielen für möglich halten, müssen Sie den Weg besser zu kennen, seine Schwierigkeiten leichter überwinden zu können meinen. Glauben Sie wirklich, besser orientiert zu sein?“

„Ich denke ja.“

(Fortsetzung folgt.)



möglichst voranzutreiben bestrift ist, die zweithöchsten Steuerhöfde erhebe. Dagegen, welches bei annähernd gleicher Einkommenhöhe nur 100000 M. aus dieser Steuer erhebe, wird von 3 alle 4 hoch gehalten. — Ein Herr Kleinowid verlas Johann die auf Abschaffung dieser, wie Rehner ausführte, nur die schwächsten Steuerhöfde auf, welche treffende, ungerechtfertigte aller Steuern, zielende Petition, nach welcher dieselben (Miet- und Grundbesitz) bereits vom April 1892 ab aufgehoben werden soll. Der entsetzliche Forderung soll durch eine zweifelhafte Erhöhung der Einkommensteuer in proportional aufsteigender Form und durch Wiedereinführung der beiden, jetzt aufgehobenen untersten Steuerstufen ausgeglichen werden. Rehner wies nach, daß die unteren Klassen der wirtschaftlich Schwächsten, den fünften Teil ihres Einkommens für Wohnstätte aufzuwenden haben, folglich 20 Proz. ihres Einkommens mit einer Ertragssteuer von 5 Proz. belastet seien, wogegen die Besitztümer nur für 1 Proz. ihres Einkommens, welches sie für Miete aufzuwenden, nötig haben — um, belästigt gefolgt, dafür in fälligkeit eingerichteten Häusern zu wohnen — auch nur 5 Proz. belastet zu sein. Er teilte noch mit, daß Dresden diese Steuer befreit, Berlin dieselbe bedeutend ermäßigt habe — und nur Halle die traurige Beschränktheit genieße, die höchste Mietsumme zu erheben. Nachdem noch Herr Stadt. Friedrich sich in einer interessanten, manche fälschliche Verhältnisse ironisch geäußerten Weise gesprochen und die Petition empfohlen, wird dieselbe samt Denkschrift sich einstimmig angenommen.

Geworden sind in der abgelaufenen Woche in Halle 41 Personen und zwar an: Lebercarcinom 1, Bauchfellentzündung 2, Gehirnentzündung 2, Atrophie 2, Entzündung 1, Darm- und Harnentzündung 1, Nephritis und Herzschwäche 1, Leberentzündung 2, Herzfehler 2, Lungenentzündung 2, Pleuritis 1, Bronchitis 2, Krämpfe 2, Nervenentzündung 1, Diphtherie 1, Entzündung 1, Stomatitis 2, Entzündung 1, Berleugung 2, Magenkrebs 2, Altersschwäche 2, Carcinoma Ventriculi 1, Lungenentzündung 1, Herzschlag 1, Herzbeutelentzündung 1, Gebärmutterkrebs 1. Hierunter befinden sich 4 in hiesigen Krankenhäusern verlebende Ostpreußen.

**Unfall.** Dem Arbeiter S. fiel am Sonnabend nachmittags beim Wiedertreiben in der „Saalischbrauerei“ zu Weidöben eine volle halbe Bieronne auf den Fuß, wodurch derselbe längere Zeit arbeitsunfähig sein wird.

**Arbeiterbewegung.**

Situationsbericht. Das Verhältnis in den Verhältnissen ist noch dasselbe, wie in dem Bericht in letzter Nummer. Zutreffend der Sammlung am 1. und 3. Mai zur Gründung eines Generalfonds machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß sich die Sammlung mehr nach einzelnen Orten vollziehen soll, und innerhalb dieser eine Statistik über die Leistungen der einzelnen Gewerbe zu führen ist. Die Befragung von Marken hat nicht den Umfang genommen, wie sich wohl erwarten ließ, doch dürfte noch eine Anzahl Städte nachzulesen. Wir bitten die Vertrauensleute der Gewerkschaften, dafür sorgen zu wollen, daß die Befragungen möglichst rechtzeitig gemacht werden, damit sich dieselben nicht in den letzten Tagen des Monats zu sehr anküpfen und deshalb nicht rechtzeitig genug erledigt werden können. Der Versand geschieht nur auf Bestellung, welche an den Unterzeichneten zu richten ist.

Da nach Mitteilung aus einzelnen Orten nicht überall Kommissionen vom Betrieb der Marken gewählt werden können, so empfiehlt es sich, an solchen Plätzen die Ausgabe der Marken an die einzelnen Vereine durch die in den meisten Fällen schon vorhandenen Vertrauensleute besorgen zu lassen. Es dürfte nach dem, was seitens der Kommissionen über den Wert des zu gründenden Generalfonds gesagt worden ist, kaum noch nötig sein, nochmals darauf hinzuweisen, daß jedes Gewerkschaftsmitglied es als eine Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber betrachten muß, alles zu thun, was dazu dienen kann, die Sammlung erfolgreich zu machen. Wird unter den überaus sämmerigen Arbeitsverhältnissen, wie sie jetzt bestehen und trotz des langen Winters, welcher manche Not und vieles Leid über die Arbeiterbevölkerung gebracht hat, dennoch eine große Summe zusammengebracht, so dürfte dies nicht wenig dazu beitragen, dem Uebermut des Unternehmertums einen Dämpfer aufzusetzen, denn der ichone Bedarf, daß die durch unsere unfinnige Produktionsweise hervorgerufene Krisis den Arbeiter zum Sklaven machen werde, wäre damit gründlich gehöhrt.

Wir müssen jedoch, während wir bemüht sind, ein finanziell kampfsfähiger zu machen, dennoch niemals aus dem Auge lassen, daß wir auch rathlos an der weiteren Ausbildung unserer Organisation arbeiten müssen. Es gilt, nach dieser Richtung hin nicht nur zeitweilig die Organisationen zu gemeinsamen Handeln anzuregen, sondern wir müssen bedacht sein, eine feste Verbindung und Gliederung in einer Gesamtorganisation herbeizuführen. Da es nach der bisherigen Praxis der Organisationen noch nicht geraten erscheint, ohne Rücksicht auf die einzelnen Branchen eine einzige Vereinigung zu schaffen, so wird an dem bisherigen System der Organisation in Branchen nichts geändert werden können. Wir müssen auch hier bemüht sein, nicht etwas Neues zu schaffen und das Alte zu zerbrechen, sondern wir müssen an das Bestehende anknüpfen und dieses (die einzelnen Branchengewerkschaften) zu einem organischen Ganzen zu verbinden suchen. Diesen Fortschritt, dessen Notwendigkeit alle fühlen, welche ernstlich durch die Gewerkschaftsbewegung einen Vorteil für die gesamte Arbeiterklasse und deren Bestreben herbeizuführen wollen, werden auch jene nicht zu verhindern vermögen, die in letzter Zeit mit nichts weniger als anfänglichen Mitteln der Ausbreitung der Zentralisation entgegenwirken. Es ist oft genug erklärt und durch die Thatfachen bewiesen worden, daß die Mehrzahl der deutschen Arbeiter in der Zentralisation den wichtigsten Weg für die Gewerkschaftsorganisation sieht, und die besondere Schlanheit einzelner Leute wird wohl diese Meinung zu befürworten, die doch auch seine Kinder in der Arbeiterbewegung hindern, nicht aufzulösen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie sich durch den Kongress einigig für die Zentralisation entscheiden haben, auch mit der nötigen Energie ihre Ansicht zu Ausführung bringen werden, trotz aller Querzweifel.

Da nach den bisherigen Verhandlungen im Parlament schon mit ziemlicher Sicherheit angenommen ist, daß eine Wenderung der Gewerbeordnung nach der Richtung hin, daß wir unsere Organisationsform dieser Wenderung anpassen müssen, nicht gemacht werden wird, so gebekt die Generalkommission in kürzester Zeit einen Entwurf für die zu schaffende Organisation zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen, so daß die Meinungen bis zum Kongress, welcher dann kurz nach Eröffnung der Gewerbeordnung stattfinden wird, soweit geflärt sind, daß eine bestimmte Form für die zu schaffende Organisation gefunden wird. Mit dem Entwurf, oder kurz nach Veröffentlichung desselben, werden die näheren Erklärungen über die Durchführung der einzelnen Bestimmungen gegeben werden.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**  
C. Legien,  
Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, 1.

Halle, 17. April. Am Mittwoch abend fand im Saale der „Worpsburg“ eine, wohl für die Zahl der hiesigen Metallarbeiter nicht gerade gut besuchte Metallarbeiter-Ber- so umlung statt, zu welcher Meintal wohl die im „Hof- jahren“ stattfindende Volksversammlung beigetragen hat. Nach erfolgter Wärrauswahl ergriff der Vertrauensmann der Metallarbeiter der Provinz Sachsen, Genosse G. Ebeling, zu einem 1/2, Kundigen, recht befallig aufgenommenen Vortrag das Wort. Rehner betonte zuvor, daß er kein großer Freund wäre, sich vorzubringen, jedoch wo er verlangt würde, sei er stets zur Stelle; durch die Provolation des Genossen Mittag in einer früheren Formerversammlung habe er sich veranlaßt gesehen, die heutige Berammlung einzuberufen. Sodann kam Rehner zu seinem eigentlichen Thema „Der Mißbrauch des Koalitions- rechts der Arbeiter.“ Wenn man heute die gemerkschte Presse zur Hand nehme, müsse man glauben, wir lebten in der besten aller Welten. Freilich die Kapitalisten für welche diese Äußerungen schreiben, befinden sich hauptsächlich unter heutigen Verhältnissen ganz wohl, jedoch die Arbeiter fühlen es an ihrem eigenen Leibe, daß es doch wohl ein wenig faul ist im Staate Dänemark. Gerade einer ihrer eifrigsten Verfechter, unser erbitterter Feind, der Hofrat Effermann, hatte vor längerer Zeit einmal erklärt, daß zu einem einigermaßen menschenwürdigen Leben ein Einkommen von mindestens 900 M. geböre, wenn aber der Arbeiter — denn wie viele Tausende derselben haben kein derartiges Einkommen — einmal sich emporrast, um diese 900 M. zu fordern, schreit man sofort nach Polizei und Staatsanwalt. Rehner unterzieht die Thätigkeit des Reichstages einer scharfen Kritik und erklärt,

daß man nur ironisch das Gesetz als ein „Arbeiterchutz-Ge- setz“ bezeichnen könne. Dann kam Rehner auf den Bestehen der Arbeiterverbände zu sprechen und beleuchtete deren Statuten, von denen auch schon einiges davon das „Vollblätt“ gebracht habe. Zum Schluß erklärte Genosse Ebeling, es sei an der Zeit, daß solche Genossen, welche auf das „Vollblätt“, das einzige, welches hier in Halle unsere Interessen vertritt, noch nicht abonnirt haben, solches unverzüglich thun sollten. — Zum zweiten Punkte: „Stellungnahme zur Wärrauswahl“, wurde beschlossen, daß es jeder Gewerkschaft anheimsteht, sich an beliebigen Stellen zu versammeln, um dann nach dem „Hof- jahren“ sich anzuschließen. Ferner wurde einstimmig angenommen, ein Bietel des verdienten Lohnes abzu- geben, wozu Genosse Ebeling aufgefordert wurde, sich von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutsch- lands diesbezügliche Karten schicken zu lassen; die ge- sammelten Gelder sollen später an die Generalkommission unter der Kontrolle der Vertrauensmänner abgehandelt werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige im Saale der „Worpsburg“ tagende öffentliche Metall- arbeiter-Berammlung wünscht, daß jeder Beruf die Inter- essenkommision zur Wärrauswahl 2 Personen ergäntze möge, welchen auch das Recht zugeht, den vierten Teil des Arbeits- lohnes zum 1. Mai von denjenigen, welche denselben zum Generalfonds beizutragen wollen, einzufordern.“ — Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Verhinderung“ wurde das Vorgehen des Genossen Große getadelt, daß er die Berammlung einberufen habe, wo doch eine öffentliche Metallarbeiter-Berammlung einen Tag früher angemeldet war, denn ebensogut wäre es gewesen, wenn die Berammlung einen andern Tag stattgefunden hätte. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige im Saale der „Worps- burg“ tagende öffentliche Metallarbeiter-Berammlung tadelt das Vorgehen des Vertrauensmann Große, daß er eine öffent- liche Volksversammlung nach dem „Hofjäger“ einberufen, ob- gleich er wußte, daß vorher eine öffentliche Metallarbeiter- Ber- sammlung einberufen worden war. Diefelbe wünscht, daß solches in Zukunft nicht wieder vorkommt.“

Köln, 18. April. Die Kölner Schuhmachergesellen er- heben aufs Neue die Forderung auf Löhnerhöhung und Ein- führung des Neunstundentages. Sie drohen bei Nichtbilligung derselben mit der Niederlegung der Arbeit. In einer über- mütigen stattfindenden öffentlichen Berammlung der Schuh- macher sollen die Forderungen den Meistern unterbreitet werden.

**Bemerktes.**

\* Die gänzliche Ueberflüssigkeit der meisten europäischen Souveräne — schreibt ein englisches Blatt — geht aus der Thatlage hervor, daß dieselben sich beständig auf Vergnügungstreffen befinden und alles zu Hause ohne sie den gewöhnlichen Gang geht. Die Königin Viktoria reist nach Straffe, daß dieselben sich vermiffen, selbst wenn sie nicht mehr zurück käme. Der König von Griechenland reist auf sechs Monate nach Kopenhagen und dann nach Wiesbaden, und die griechischen Regierungsgeschäfte werden während dieser Zeit auch ohne ihn besorgt werden. Der König von Belgien, anstatt sich um die Wohlfahrt seines Landes zu kümmern, verbrachte den größten Teil der letzten Woche in Gesellschaft von Londoner Finanzmännern. Dem entgegen findet man den Präsi- denten Harrifon im weißen Hause zu Washington bald nach 9 Uhr morgens an seinem Schreibtisch und, mit Ausnahme der Maßheiten, beendet er sehr oft seine Arbeiten erst kurz vor Mitternacht. Und doch erhält er nur 10 000 Pfund jährlichen Gehalt und muß seine Familie damit erhalten, während die Königin Viktoria 335 000 Pfund erhält und immer noch mehr verlangt.

**Reinheitsbänder, Vereinschleifen Ph. Liebenthal & Co.**  
in allen Vereinsfarben. [886] Untere Leipzigerstrasse 103.

**Geschäfts-Verlegung.**

Reinen werthen Kunden zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein seit vielen Jahren bestehendes

**Uhren-Geschäft**

von große Klausstraße Nr. 13 nach

**große Klausstraße Nr. 23**

(gegenüber dem bisherigen Lokale)

verlegt habe. Für das mir in so hohem Maße geschenkte Vertrauen sage ich besten Dank und versichere bei diesem Anlaß auch ferner bei billiger Preisstellung stets das Beste zu liefern.

Durch Erweiterung meiner Geschäftsräume, sowie Vereinkäufe bei den größten und leistungsfähigsten Häusern meiner Branche bin ich im stande allen Anforderungen zu genügen.

Reparaturen an allen Arten Uhren führe ich mit genauer Sachkenntnis prompt und billigt aus.

Hochachtungsvoll

**Friedrich Hofmann, Uhrmacher,**  
23 große Klausstraße 23.

# Geschäfts-Eröffnung

Dienstag den 21. April morgens.

# Hamburger Engros-Lager N. Neustadt

73 gr. Steinstr.

Halle a. S.

gr. Steinstr. 73.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren,  
Strumpfwaren, Tricotagen,  
Handschuhe.



73 gr. Steinstr. Halle a. S. gr. Steinstr. 73.

Die Hamburger Engros-Lager, welche zur Zeit in der stattlichen Anzahl von 190 großen Geschäften in fast allen Teilen Deutschlands vertreten sind, bilden durch ihre Zahl eine Verbindung von außerordentlicher Leistungsfähigkeit.

Der Gesamteinkauf für alle diese Geschäfte wird durch das Centralhaus Hamburg, Rüdingsmarkt 67, 68, 69, sowie deren Einkaufshäuser in Berlin, Annaberg, Crefeld, Chemnitz, Barmen, Paris, Calais, London und Nottingham vereinigt.

Die Preise werden nach den Prinzipien des Großhandels durch einen geringen Provisionsaufschlag nach den derzeitigen Marktpreisen reguliert und fällt hierdurch jeder billigere Einkauf den Konsumenten direkt zu.

Alle Neuheiten der Mode sind durch die besten Informationen frühzeitig zur Stelle und gebe ich die feste Zuversicherung, daß die Bedienung in aufmerksamster und reellster Weise bei streng festen Preisen beschafft wird.

Hochachtungsvoll

## N. Neustadt.



Freitag.

102. Sitzung vom 17. April. 11 Uhr.

Hg. Besjmer (Reichspartei) legt gegen die getriggen Grubenarbeiter Ausfahrungen zu Grunde liegende Anordnung...

Hg. Schaefer (Zentrum) verliest eine Erklärung namens seiner Partei. Derselbe geht nach wie vor auf dem Boden des Normalarbeitstages...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Hg. Barth (frei.) erklärt, der Antrag hier sei von Bedeutung nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern mehr noch wegen des in ihm zum Ausdruck kommenden Prinzips...

Produktion zu vermindern und dadurch zu verteuern und die bereits bestehende große Konkurrenz mit andern Ländern zu erschweren.

Die Einführung eines Normalarbeitstages in England und Frankreich, ist ja auch von sozialdemokratischer Seite als berechtigt anerkannt worden.

Bei dem Versuch einer internationalen Regelung der Arbeiterverhältnisse, wofür wir im vorigen Jahre machten, ergab sich von vornherein, daß unsere bedeutendsten Konkurrenzstaaten abgeneigt waren, auf eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter einzugehen.

Zugleich sind eine Reihe von Arbeiterkongressen in den andern Ländern eingeleitet, in England allein vier, und in keinem ist ein Normalarbeitsgesetz eingeführt.

In Frankreich besteht allerdings ein Normalarbeitsgesetz, kommt aber nie zur Anwendung. Durch die Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit wird das Eintreten der Arbeiterfamilien schon bedeutend beeinflusst.

Mit einer Einschränkung der Arbeitszeit auch der männlichen erwachsenen Arbeiter würde man entschieden zu weit gehen. Ein großer Teil der Arbeiter will den Normalarbeitszeit auch gar nicht.

Als ich auf den Gruben von Saarbrücken für die lange, ungesunde Arbeit der Maschinenwärter einen Normalarbeitszeit von 12 Stunden einführte, der Pausen einführte, wandte sich ein großer Teil dieser Arbeiter mit einer Eingabe an mich und bat mich, diesem Mißverständnisse und übereilten Schritt abzusehen.

Die Schilberungen über lange Arbeitszeit sind auch übertrieben. In einer Anzahl von Fabriken beträgt sie weniger als zehn Stunden, in der Berliner Grobweberei durchschnittlich nur neun Stunden.

In Bezug auf die Arbeiten unter Tage hat uns die sozialdemokratische Arbeiter gehen auf die günstigen Verhältnisse in England verwiesen.

Ich habe die Schilberungen über lange Arbeitszeit sind auch übertrieben. In einer Anzahl von Fabriken beträgt sie weniger als zehn Stunden, in der Berliner Grobweberei durchschnittlich nur neun Stunden.

In Bezug auf die Arbeiten unter Tage hat uns die sozialdemokratische Arbeiter gehen auf die günstigen Verhältnisse in England verwiesen.

Ich habe die Schilberungen über lange Arbeitszeit sind auch übertrieben. In einer Anzahl von Fabriken beträgt sie weniger als zehn Stunden, in der Berliner Grobweberei durchschnittlich nur neun Stunden.

In Bezug auf die Arbeiten unter Tage hat uns die sozialdemokratische Arbeiter gehen auf die günstigen Verhältnisse in England verwiesen.

Ich habe die Schilberungen über lange Arbeitszeit sind auch übertrieben. In einer Anzahl von Fabriken beträgt sie weniger als zehn Stunden, in der Berliner Grobweberei durchschnittlich nur neun Stunden.

In Bezug auf die Arbeiten unter Tage hat uns die sozialdemokratische Arbeiter gehen auf die günstigen Verhältnisse in England verwiesen.

Ich habe die Schilberungen über lange Arbeitszeit sind auch übertrieben. In einer Anzahl von Fabriken beträgt sie weniger als zehn Stunden, in der Berliner Grobweberei durchschnittlich nur neun Stunden.

In Bezug auf die Arbeiten unter Tage hat uns die sozialdemokratische Arbeiter gehen auf die günstigen Verhältnisse in England verwiesen.

dem Kapitalismus sein soll, widerspricht der ganzen Entwicklung derselben. Die Sozialdemokraten beziehen sich neuerdings auf die Brochüre: Ein Komplot gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Dieses sogenannte Komplot war aber nur eine durchaus berechtigte Reaktion der Unternehmer und auch Staatsbediensteten gegen die im vorigen Jahre verabschiedete Arbeitergesetz, mit der die Arbeiter nur eine Probe auf die Stärke ihrer Koalition hatten machen wollen.

Es steht hier nur Koalition gegen Koalition. Es ist übrigens unrichtig, daß in den kaiserlichen Erlassen, wie Abg. Grüllberger meinte, klipp und klar die Regelung der Arbeitszeit aller erwerbsfähigen männlichen Arbeiter unter allen Umständen ausgeprochen ist.

Es ist in ihnen nur eine Erläuterung in Aussicht gestellt, in welcher Weise das Los der Arbeiter verbessert werden könne. Aber mit keinem Worte sind bestimmte Maßregeln, ein bestimmter Normalarbeitszeit in dieser Vorlage enthalten; denn es ist unklar, daß das preussische Staatsministerium sich in Widerspruch setzen kann mit dem Inhalt der kaiserlichen Erlasse.

Deshalb ist es auch unrichtig, daß es Wächter giebt, die stärker sind als der kaiserliche Willkür. Wir sind an solche Vorwürfe, daß die Regierung und das Haus den Unternehmern gegenüber beherrschend, daß sie von der Regierung nur die Kommissar der herrschenden Klassen seien, ja genötigt. Dieser harten Angriffe kann die sozialdemokratische Fraktion nicht entgehen, die Arbeiter noch länger in ihrem Jauche zu halten.

Hg. Dr. Barth (frei.) vermahnt sich dagegen, daß er mit seinen Behauptungen über das protektionistische System eine abschließliche, einseitige Benachteiligung der Arbeiter vorgenommen habe. Die freisinnige Partei gehe aber von der Annahme aus, daß der Protektionismus den Arbeiter benachteiligt durch Preisverwertung, und er habe mit seiner Versicherung nur sagen wollen, daß die Herren sich bewußt waren, wenn sie ihren Zweck erreichen wollten, ihn nicht anders als durch eine künstliche Preissteigerung erreichen zu können, welche doch die Arbeiter benachteiligt.

Hg. Wacker (soj.) Der Vorwurf, den man uns immer macht, daß wir drohen, trifft nicht zu. Nicht wir, sondern die Herren. Das beweist wie unheimlich ihnen das Los der Arbeiter vorkommt. Sie appellieren an die Gemüter der Arbeiter, die sie nicht als ungeschützt ansehen, wie Sie es zu wünschen scheinen. Wir werden auf friedlichem Wege zu unserem Ziele kommen, und der erste Weg dazu soll die Einführung des Normalarbeitszeitgesetzes sein. Wie verheißt Ihnen die Stellung der Parteien zu dieser Frage heute gegenüber der vor 16 Jahren! Heute haben sich nur vereinzelt Stimmen prinzipiell dagegen ausgesprochen. Der Vertreter des Zentrums, ein Vertreter der Konserverfabrik, ja sogar ein Nationalliberaler haben sich im Prinzip für den Normalarbeitszeit ausgesprochen, und wenn Herr Hammer heute anwesend sein könnte, würden wir auch eine deutschfreisinnige Rede für den Normalarbeitszeit hören. Einen gleichmächtigen Normalarbeitszeit veranlassen wir ja gar nicht; es bleibt jedem überlassen, seine Arbeiter als 10, 9 oder 8 Stunden arbeiten zu lassen; es soll nur die Zeit festgelegt werden, über die hinaus nicht gearbeitet werden darf. Wir sind auch vollkommen zufrieden, wenn die Regierung uns eine Vorlage zur Einführung des „sonntäglichen“ Normalarbeitszeitgesetzes macht, wir verzichten dann auf das andere. Was kommt es uns darauf an, daß das Prinzip anerkannt und durchgeführt wird, aber mit der bloßen Sympathie können die Arbeiter nichts anfangen. Wie kann man von den Arbeitern sagen, daß sie am liebsten Lohn verhandeln möchten, ohne zu arbeiten? Das kommt wohl in den höheren Gesellschaftskreisen vor. Wo Leute ohne Arbeit undentgeltend einander anreden, die Arbeiter müssen sich ihre paar Groschen sparen verdienen. Ich gebe zu, daß eine Anzahl Arbeiter Widerspruch erheben würde gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, aber das geschieht von jenen des unzufriedenen Teils, der auch mit der Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit nicht zufrieden ist, der für sein eigenes Wohl und Wehe wenig Verständnis hat. Aber dieser Teil darf nicht ausschlaggebend sein.

Prinzipiell hat sich Herr Barth gegen unsere Forderung ausgesprochen, er die verjüngte Ausgabe des Abg. Hammer in der freisinnigen Partei darstellt. Er befindet sich auch nicht in Uebereinstimmung mit allen Parteigenossen. Er schneidet die Normalarbeitszeit, weil wir damit eine Verkürzung der Lohnfrage herbeiführen wollen. Haben etwa die Ausnahmen, die betriebs- und freisinnige Partei erlassen worden sind, und denen die freisinnige Partei zugestimmt hat, keine Einwirkung auf die Regulierung der Löhne? Der Unterschied zwischen beiden Fällen der Lohnregulierung ist nur ein gradueller, aber sehr prinzipieller. Also die letzte Schwange, hinter die sich Herr Barth zurückgezogen hat und von der aus er mit Geduldem und Abwartepartei seine Position verteidigt (Wetterleit), ist unternommen.

Daraus, daß in der Schweiz in der Ausführung der Gesetze eine gewisse Laune beobachtet worden ist, darf man doch nicht einen Grund herleiten, solche Gesetze überhaupt nicht zu erlassen. Auch der Einwurf, daß mit Einführung des Normalarbeitszeitgesetzes da, wo die Arbeitszeit länger ist, diese Zeit hinaufgeschraubt werden wird, hat keine Bedeutung. Die Gesetzgebung einer Normalarbeitszeit wird sich besonders wirkungsvoll zeigen bei einer Krise, während welcher die Arbeitgeber das Weite haben, ihre Arbeiter anzuknechten. Bei der Frage der industriellen Reservearmee hat Herr Barth wieder den menschlichen Standpunkt vertreten, der die Menschen in einem leblosen Werkzeug vergleicht. Recht hat ja Abg. Barth, daß die Fortschritte der Technik dem Arbeiter auch zum Vorteil gereichen, daß ihm dadurch Genüsse ermöglicht werden, die er sich früher nicht verschaffen konnte. Der Nachteil liegt zunächst in der Ueberspannung. Im großen Ganzen haben aber diese Verhältnisse einen größeren Unterchied in der Lebenshaltung der einzelnen Gesellschaftsklassen bewirkt, als er früher je bestanden hat, so namentlich in den Wohnungsverhältnissen und in Bezug auf die Nahrungsmittel.

Herr v. Werlich ist falsch unterrichtet, wenn er meint, die königlichen Behörden hätten sich mit den Unternehmern nur verbunden, um der Weisheit entgegenzutreten. Nach den Statuten des „Verbandes deutscher Metallindustrieller“, mit dem das Berliner Polizeipräsidium gemeinsame Sache gemacht hat, sollen alle Arbeiter auf die schwache Seite gestellt werden, wobei sich ein einem Streit beizulegen hätten, gleichviel ob es über ohne Konfliktbruch. Und Herr v. Werlich ist auch in den Vorlesungen des Verbandes, Herr v. Werlich, diese Arbeiter müßten von der vaterländischen Arbeit ausgeschlossen werden. (Hört! hört!) Reinher verliest ein Zitat aus dem Reichsanwaltschaftsprotokoll vom 2. September an den Verband, in welchem geboten wird, eine Anzahl Arbeiter

Bundesbevollmächtigter, Handelsminister Frhr. v. Derlepich: Die Regierung hat den Normalarbeitszeit in den Entwurf nicht aufgenommen, weil sie neben der Einschränkung der Kinderarbeit, dem Verbot der Nachtarbeit der Frauen und der Einführung eines Normalarbeitszeitgesetzes für Frauen es nicht für angelegentlich erachtet, noch weiter zu gehen, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen, welche nur dazu beitragen können, unsere

Es ist ganz falsch, daß ich meine Stellung zu dem Arbeitszeitgesetz geändert habe. Im Gegenteil ist es heute ausgesprochen, daß die Vorlage nicht alle notwendigen Wünsche freilegen kann, und daß für eine Reihe von Gewerbetrieben eine gesetzliche Beschränkung nicht mehr entsetzt werden können. Die Behauptung, daß die Vorlage ein Produkt der Angst vor

Es ist ganz falsch, daß ich meine Stellung zu dem Arbeitszeitgesetz geändert habe. Im Gegenteil ist es heute ausgesprochen, daß die Vorlage nicht alle notwendigen Wünsche freilegen kann, und daß für eine Reihe von Gewerbetrieben eine gesetzliche Beschränkung nicht mehr entsetzt werden können. Die Behauptung, daß die Vorlage ein Produkt der Angst vor

an den „Kampfen“ weiterzuführen. Die Gründe seien an: Zählung im Sinne der internationalen Sozialdemokratie, Mitgliedschaft von Fachberufen, Umbauüberföhrung, Verhalten außerhalb der Fabrik. Wögen dieser Dinge soll dem Arbeiter in ganz Deutschland die Arbeit verweigert werden.

Der Herr Winzler geht also von absolut falschen Thatsachen aus, und damit ist auch seine Beweisführung hinfällig, daß die Arbeiter aus eigener Initiative durch das Koalitionsrecht zum Normalarbeitsvertrag kommen könnten. In einem Staatsvertrage, wo die Polizei dafür Geheiß erteilt, daß sie die Arbeiter aus der Ausübung des Koalitionsrechtes hindert, wo das Koalitionsrecht nur auf dem Boden der Freiheit, ist es unmöglich. Historisch, in der Theorie sind Sie für das Koalitionsrecht, in der Praxis aber wider die Sache, welche Herr v. Puttkamer als Minister, befehligt hat.

Abg. Böttger (natl.): Der sanitäre Maximalarbeitsvertrag steht schon in § 120e. Gegen einen Maximalarbeitsvertrag aller gewerblichen Arbeiter oder müssen wir uns erklären und zwar aus praktischen Bedenken, nicht aus prinzipiellen. Die Vorteile, welche die Sozialdemokraten von der Verkürzung der Arbeitszeit erwarten, werden nicht eintreten, eine Vermehrung der Arbeiter wird nicht stattfinden, denn das Verbot wird durch Intensivität der Arbeit ausgeglichen werden. Sollte das aber nicht geschehen, so wird eine Vermehrung der Produktion eintreten müssen, da die Produktionskosten schon jetzt sehr hoch sind. Denn, welche die Einstellung eines Arbeiters an Arbeitern von der Verkürzung der Arbeitszeit erwarten, möge es zur Warnung dienen, daß die Unternehmer sich in Zukunft vielleicht einmal die nötigen überzähligen Kräfte aus Japan und China verschaffen. Die Sozialdemokraten wollen den Staat zu einer Zwangsaktion machen, vor der man schauern muß, wenn sie wirklich eingeföhrt wäre.

Abg. Febr. v. Stumm (Reichspartei) schießt sich diesen Ausführungen im allgemeinen an und betont besonders, daß die Länge der Arbeitszeit nicht allein maßgebend sei für eine Ueberarbeitung mit Arbeit. Ein Arbeiter, der in neun Stunden eine Arbeit machen müsse, sei sehr viel schlechter daran, als wenn er dieselbe Arbeit in zwölf Stunden machen müsse. Nur ganz harten Arbeitern könne man eine so konzentrierte Arbeit zumuten. Der Nachschubtag werde deshalb die Arbeiter und auch die Industrie ruinieren. Es sei unerantwortlich, einen Arbeiter mit großer Familie nicht länger arbeiten und mehr verdienen zu lassen, als einen ledigen Arbeiter mit wenigen Bedürfnissen. Es sei eine Verleumdung des Arbeiters, wenn man ihn nicht wie jede andere Gesellschaftsklasse für seine Familie sorgen lassen wolle, so viel und so lange er wolle. Abg. Kuer habe seinen Grund, sich über schwarze Listen zu beklagen, denn in der Proklamation seien die Arbeitgeber auf die schwarze Liste gesetzt, welche die schwarze Liste gestrichelt hätten. Abg. Viehnecht sei ja auch wegen seines Beschlusses der Konterze in der Philharmonie auf die schwarze Liste gesetzt worden. Hieraus wird ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen.

Personlich erklärt Abg. Diekmann (soz.) es für unrichtig, daß der Besuch der Konzerte der Philharmonie ihm von seinen Genossen verboten gewesen sei. Man hat einmal den Besuch gemacht, die Philharmonie als Versammlungsort zu bekommen. Dieses Lokal wurde verweigert, allerdings aus Gründen, die ich für gerechtfertigt erklären kann. Darauf wurde der Boykott verhängt. Mir ist niemals der Besuch der Konzerte verboten. Die Berliner Genossen haben auch nie einen Beschluß gefaßt, sondern sie haben den Boykott beschlossen, und dieser Boykott muß gehalten werden, und ich halte ihn wie jeder von uns. Der Antrag Kuer wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, und das Haus verlegt sodann die weitere Beratung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

**Vermischtes.**

\* Ein neues Kartell. Dne jede Rangliste bringen die bürgerlichen Blätter die Nachricht, daß in Belten bei Berlin ein ganz neues Kartell in die Erscheinung getreten ist, nämlich das zwischen den beiden

dort wohnenden Ärzten. Diese beiden Jünger Aesthops waren des langen Abers müde, der bisher immer durch die leidige Konkurrenz erzeugt war, — sie verbanden sich und schlossen mit den Einwohnern folgendes Abkommen: Beide Ärzte verpflichten sich, gemeinsam die Praxis auszuüben, so, daß wenn der eine vertritt oder aufs Land gegangen ist, der andere sofort die Behandlung des Patienten übernimmt, überhaupt von besonderen „Runden“ eines Arztes nicht mehr die Rede sein soll. Dafür entrichten die Einwohner Belten einen mäßigen Quartalsbeitrag, der in eine Kasse fließt, deren Inhalt sich die beiden Ärzte brüderlich teilen. Und die bürgerlichen Blätter berichten, daß fast niemand von der gesamten Einwohnerschaft sich diesem Vertrage entzogen hat, und daß ferner alle Beteiligten sehr damit zufrieden sind. — Und Belten steht noch! Und die kapitalistische Presse setzt ihrer Nachricht kein Ausdruckszeichen hinzu, keine hämische oder wispelnde Bemerkung! Leben wir denn noch in der Zeit der „geheiligten“ Konkurrenz, der „nur durch den Privatbetrieb hervorgerufenen Blüte des Handels und Verkehrs“? Die Ärzte „teilen“ — und es geht. — Die Ärzte jagen sich nicht, wie die Handelsreisenden, die Kunden ab, und nicht — die Patienten — sind sehr zufrieden! Die Ärzte brauchen nicht mehr über die erbärmlichen Späße eines beleibten Wäckermeisters am Honorariorentschneide der Stammeise vor Lachen zu vergehen, aus Fürcht, sie könnten — wenn sie nicht blieben — bei irgend einem Unfall in der Familie des Späkmachers nicht geholt werden. — Ja, auch der ideale Stand der Ärzte geht nach Brot, muß heut nach Brot und Günst geben, und daß manche Mitglieder des Arzterufes das Materielle weit über das Ideale stellen, hat uns mit erschreckender Deutlichkeit letztes die Ausübung, besser Ausschlagung, des Kochschen Mittels gezeigt. Der Pakt, den die Mediziner Belten geschlossen haben, von dem wir nur wünschen wollen, daß er recht lange halten möge, er solle verallgemeinert werden, er sollte vor allen Dingen sicher gestellt werden, und das kann er nur, wenn er von der Gesellschaft, vom Staate acceptiert wird. Wir wissen, daß die Verstaatlichung des Arzterufes nicht nur eine Forberung des Proletariats ist, daß der Gedanke ferner auch Freunde unter den Ärzten selbst hat. Würden die Ärzte nicht auf die Honorierung seitens der Patienten angewiesen sein, dann würden unsere ärmsten Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands weit schneller und weit öfter ärztliche Hilfe erlangen können, als es heut der Fall ist. Aber die jungen Ärzte gehen nicht nach den Gegenden Ober-schlesiens, Posen, Preußens u. s. w., weil sie bei der Armut der dortigen Bevölkerung nicht auf ihre Kosten zu kommen fürchten; darum vermehren sie das Proletariat in den Großstädten und lauern in ihren Sprechstunden anfänglich auf einen Kranken, scharwenzeln bei den Behörden und Stadtvorständen, um eine Stelle bei irgend einer Ortskrankenkasse zu erlangen. Das Beispiel von Belten muß verallgemeinert werden, dann werden beide — Arzt wie Publikum — sich gut dabei

\* Folgendes klassische Verdict eines Dorfschulzen lief vor einiger Zeit bei dem königlichen Amt zu Rumpst a. N., Provinz Hannover, ein. „Anzeige von einem von Tollheit offizierten Hunde.“ Dieser Nacht blüß der Nachtwächter Jermann auf seiner Trompete, da kam ein in der Dunkelheit unerkennbarer Hund von rüchwärts herbei und ward der Nachtwächter Jermann von lustigem durch seiner Hand geößien, ohne dabei zu bellen. Da dies ein gegen die Gewohnheit der Hunde verwirrter Thatsache ist und ich mich verpflichtet halte, so möge das königliche Amt damit sein Auskommen finden. Der Schulze Sch.“

**Ständesamtliche Nachrichten.**

Galle, 18. April. Aufgehoben: Der Knappschicht-Präsident Ernst Meiser und Emilie Thieme (Wahlgraben 2a und Mittelstraße 8). Der königl. Fuhrführer Karl Köhlig und Clara Eichte (Waldstraße 10 und Beizigerstraße 44). Der Schlosser Gustav Heinemann und Laura Finger (Zurstraße 13 und Bettin). Der Handarbeiter Friedrich Berede und Clara Schöck (Große Wallstraße 15 und Klosterstraße 3). Der Kaufmann Emil Bang und Emma Berner (Friedberg).

Schließungen: Der Zimmerer Karl Nicolai und Clara Bögel (Zanzenstraße 1 und Westring 7). Der Handarbeiter Kurt Ehrlich und Minna Gronberg (Königsstraße 20b und Götterleben). Der Hilfsweihenleiter Louis Hänsch und Amalie Thiele (Friedrichstraße 54 und Forsterstraße 15). Der Fabrikarbeiter Josephus Kolodt und Clara Borisch (Friedenstraße 22). Der Handarbeiter Konstantin Kolof und Maria Ojba (Raffineriestraße 8 und Wandweberstraße 12). Der Bahnarbeiter Albert Lange und Emilie Bauer (K. Sandberg 19). Der prakt. Arzt Dr. med. Hermann Wenzel und Helene Dose (Germarstr. 10). Der Zimmermann Alwin Rilmann u. Minna Rilmann (Klosterstr. 3 u. Leipzig). Der Buchdruckmaschinenfr. Heinrich Gollermüller und Minna Krüger (Magdeburger-Neubau und Wudenerstraße 46). Der Metzgermeister Gottlob Gries und Hermine Schuster (Charlottenstraße 11 und Paradeplatz 7). Der Kaufherr Franz Jans und Marie Spangemeier (Schweffelstraße 44 und Wenzelstraße 11). Der Tischler Adolf Hill und Theresia Salsche (Friedl 5 und Spige 10). Der Fabrikarbeiter August Streibel und Helene Bergmann (Raffineriestraße 8 und Börmlich).

Geboren: Dem Maurer Paul Hammer eine L. Emma Lina (Schillerstraße 24). Dem Fabrikarbeiter Otto Brecht ein S. Robert Friedrich Kurt (Or. Brauhausgasse 18). Dem Malchun Louis Knappe eine L. Emilie Emma (Beizigerstraße 6). Dem Schlosser Hermann Lehmann ein S. Wilhelm Ernst (Gangestraße 29). Dem Former Franz Habide ein S. Heinrich Max Albert (Steinstraße 25). Dem Mechaniker Hermann Schüler ein S. Julius Karl Arno (Spiegelgasse 8). Dem Gelägelier Gustav Herrmann ein S. Wilhelm Gustav Walter (Georgstraße 3). Dem Eisenbeder Paul Hinkel eine L. Julie Emilie Gertrud (Spiegelgasse 5). Dem Kupferblechbeder Adolf Tieg eine L. Dorothea Lina Frieda (Kuhgasse 9). Dem Tischler Wilhelm Hoffmann eine L. Wilhelmine Anna Marie (Diemich). Dem Gussmaschinenfr. Dr. phil. Jürgen Löbber ein S. Adolf Jürgen Alfred (Brandenplatz 1). Der Schiffreier Max Gabriel ein S. Paul Otto Ernst (Or. Berlin 4). Dem Handarbeiter Ernst Bugmann ein S. Heinrich Hermann Karl (Freimiese). Ein unehelicher S.

Gebohren: Des gerichtlich verehelichten Tagator Otto Knoche L. Gertrud, 6 J. (Kathausgasse 13). Des Handarbeiters August Gotthe Ehefrau Auguste geb. Kopper, 27 J. (Kleinl.). Des Schlosser Adolf Graf L. Johanna, 5 Mon. (Forsterstraße 45). Des Schuhmachermeister Christoph Godehard Ehefrau Auguste geb. Schönhard, 62 J. (Mariusberg 6). Der Handarbeiter Friedrich Christian Krimke, 81 J. (Schmiebeckstraße 2). Des Dachbeder Carl Haal S. Louis, 14 J. (Bräuseweg 6). Der Wäpempächter Karl Lübers, 69 J. (Magdeburgerstraße 33).

**Dienstag, den 21. April abends 8 Uhr  
öffentliche Versammlung  
der Arbeiter aller Berufe**

im Restaurant von H. Sanow, Steinweg Nr. 13.  
Der Einberuer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler zc.  
Verwaltungsstelle Giebichenstein.

Dienstag den 21. April abends 8 Uhr im Rosenloal Gasthof zum Kronprinzen  
**General-Versammlung.**

F. Müller, Bevollmächtigter.

**P. P.**  
Einem geehrten Publikum sowie meiner werthen Nachbarschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich heute gr. Rittergasse Nr. 7/8 ein

**Restaurant**

eröffnet habe. Durch Beschränkung guter Speisen und Getränke, sowie reeller Bedienung werde ich bemüht sein, mir eine werthe Kundenschaft zu erwerben und lade zu zahlreichem Besuch ganz ergeben ein.  
Halle a. S., den 18. April 1891. Hochachtungsvoll  
Otto Goerssch. 1915

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Einem geehrten Publikum, Freunden und G.ossen die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen Tage

Liebenaunerstraße 26

**Fleischerei**

eröffnet habe und wird mein Bestreben sein, nur gute reelle Ware zu führen. Ich bitte mich in meinem Unternehmen gütig unterstützen zu wollen und zeichne  
Hochachtungsvoll  
Ernst Mauff.

Rehabilit. von Sid. Jilge, Verlag von Aug. Grotz, Band der Jüdischen Gesellschafts-Verhandlungen (S. G. u. L. G.).

**Gebr. Herrmann,**  
Leberhandlung und Zuchterei,  
13 Rathausgasse 13  
bringen ihr best assortiertes Lager in Ober- und Unterboden bester Marken, sowie auch sämtliche Auschnitte und nachfertige Schäfte zc. zu billigen Preisen in empfehlende Erinnerung. 1306

**M. Radmann & Sohn**  
gr. Ulrichstr. 38 (Sektthaus)  
Ganz frisch eingetroffen:  
**Schweine-Pökelfleisch**  
in schönster Ware, per Pfund 65 S.  
**Frisches Bratenfleisch**  
per Pfund 60 S.

**Alfred Bechmann,**  
Zigaretten- und Tabak-Handlung  
57 Geiöfstraße 57.  
Empfehle als besonders preiswert: [847  
Nr. 2 à Stück 4 S., (Gölländer),  
" 25 " " 5 " "  
" 82 " " 6 " "

**Zahnschmerzen**  
werden sofort und dauernd beseitigt durch  
Schilfblombieren höchster Reine mit Walters  
höchstem Zahnpulver. In Flaschen à 36 Pf. bei  
**E. Waltherr,**  
Glanzhofstraße 13. Steinweg 29.  
Selbstem (trockene Ware) zc. [67  
prima Wausmanns à Pfund 28 Pf.  
1/2 Cst à Pfund 20 Pf., empfiehlt  
Victor Leipzig, Schillerstraße 41.

**F. Dietze,** Halle, Reiterstraße 25,  
gibt ausführl. Rat und behandelt Kranke n.  
Grundsätze d. seit 1869 ausgeübt. Natur-  
heilkunde u. d. Lebensmagnetismus täglich  
von 8—4 Uhr. 1939

**Seimjaths Restaurant**  
Friedrichstraße 1.  
Empf. fröhlichen Mittagsstich mit Bier 50 Pf.  
A. Lagerbier à Glas 10 Pf.  
Jeden Sonnabend [3628  
Kartoffelpuffer oder Pökelkuchen.

**Schlachtfest**  
Restauration Schillerstr. 24  
Dienstag den 21. April,  
wozu ergebenst einlabet Rob. Scholz.

**Großes Landbrot!**  
417/ Alh. Mädeke, Silbergasse 1.

**Familien-Wohnungen**  
sind in „Lochhölz“ an der Merseburgerstraße  
für sofort oder 1. April zu vermieten.  
Kunstn. erteilt der Inspektor Maunna,  
Schmiebeckstraße 2. [3349

**Wohnung** zu 46 Thaler zu vermieten.  
Neuhof 6.  
Frdl. Wohnung vorz. zu 44—54 Thaler  
sof. u. sp. zu verm. Wundtstr. 15, p.

**Giebichenstein, Auguststraße 7**  
sind Wohnungen zu 28—45 Thaler, auch  
fl. Werkstätten, vermieten. Näher, bei  
Wilhelm Bloese, Wäpempächter.  
Höhl. Schießstille offen Steinweg 13, 2 Tr.  
Kuhbände Schießstille mit Hof beim Zöpfer  
Kuhb., Gers 49b, 1. [307